



Arbeiterwohlfahrt
**Bezirksverband
Niederrhein e.V.**
Lützowstraße 32 · 45141 Essen
Telefon: 02 01 / 31 05 - 213
Telefax: 02 01 / 31 05 - 276
klaus.neubauer@awo-niederrhein.de
V.i.S.d.P.: Paul Saatkamp

Pressedienst

26. September 2003

Krisensitzung der AWO Niederrhein zum Landeshaushalt 2004/05

AWO wertet Pläne der Landesregierung als Kampfansage

Sprachlosigkeit und Wut beherrschten eine Krisensitzung der Arbeiterwohlfahrt (AWO) am Niederrhein. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Sparpläne der Landesregierung trafen sich die Vorsitzenden und Geschäftsführer der 15 Kreisverbände der AWO beim Bezirksverband Niederrhein in Essen, um erste Konsequenzen aus den drohenden finanziellen Einbrüchen zu ziehen.

Sprachlos waren einige der Repräsentanten von fast 50.000 Mitgliedern und Mitarbeitern der AWO, weil sie ein solches Maß an sozialem Kahlschlag einer sozialdemokratisch geführten Regierung nicht zugetraut hatten. Schon gar nicht in dem Bundesland, das noch immer für sich in Anspruch nimmt, das soziale Gewissen Deutschlands zu sein.

Wut empfinden die AWO-Funktionäre, weil über Jahrzehnte hinweg mühsam aufgebaute soziale Strukturen in ihrer Existenz bedroht sind und damit vielen Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, der Weg in das endgültige Aus gewiesen wird.

Unverständnis äußerten die Teilnehmer der Krisensitzung vor allem über die Sparpläne im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder. AWO Niederrhein-Vorsitzender Paul Saatkamp brachte es auf den Punkt: "Bis gestern hieß es noch: 'Kinder sind unsere Zukunft!' und die PISA-Studie zwingt uns, die in Deutschland extreme soziale Auslese der Schulen durch verbesserte pädagogische Angebote im Vorschulbereich aufzufangen. Heute sehen wir uns plötzlich mit der Ankündigung erheblicher Mittelkürzungen im Bereich der Sachkostenausstattung der Kindertagesstätten konfrontiert. Wissen die Verantwortlichen tatsächlich noch, was sie tun?"

Bemängelt wird von der AWO vor allem auch die Art und Weise, wie sie mit den Sparvorhaben konfrontiert wird. "Die Zusammenarbeit zwischen der Freien Wohlfahrtspflege und der Landesregierung war über lange Zeit hinweg von gegenseitigem Vertrauen geprägt. Sollte das, was bisher bekannt geworden ist, umgesetzt werden, ist das mehr als ein Vertrauensbruch! Uns bleibt keine andere Wahl, als diese Vorhaben als Kampfansage zu betrachten!", so Paul Saatkamp. "Die Vertreter der Landesregierung sind schon heute herzlich dazu eingeladen, unseren Mitarbeitern die Kündigungen ihrer Arbeitsverhältnisse zu erläutern!"